



## **Einleitende Bemerkungen zu dem nachstehenden Dokument des Norddeutschen Verbandes**

Liebe Leserinnen und Leser,

im Sommer 2014 kam es zu einem Konflikt der Baden-Württembergischen Vereinigung (BWV) mit dem Norddeutschen Verband. Anlass waren zwei Dokumente, die die BWV im Namen ihrer Delegierten<sup>1</sup> als Begründung für ihren Antrag auf „Reorganisation der Baden-Württembergischen Vereinigung als Union of Churches“ der Weltkirchenleitung und der Intereuropäischen Division (EUD) zugeschickt hatten. Die Dokumente enthalten massive Vorwürfe und Unterstellungen pauschal gegen Dienststellen, Gemeinden und Gemeindeglieder aus dem Gebiet des Norddeutschen Verbandes.

Nach informellen Gesprächen mit der BWV, der Intereuropäischen Division (EUD) und dem Süddeutschen Verband (SDV) reagierte der NDV im Oktober mit einer offiziellen Erklärung, in der er die BWV auffordert, ihre Beschuldigungen zurückzunehmen. Diese Erklärung wurde auch der Weltkirchenleitung sowie der EUD zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Im November kam es im Rahmen einer Vorsteherberatung zu einer kontroversen Diskussion zu den von der BWV erhobenen Beschuldigungen gegen den NDV. Der Vorsteher der BWV, Erhard Biro, blieb bei seiner Position.

Anfang Dezember erhielt der NDV einen Brief vom Vorstand der BWV, in dem er sich zu einzelnen Vorwürfen noch einmal äußerte, jedoch in keiner Weise von seiner ursprünglich formulierten Auffassung über den NDV abrückte.

In der Folge wurden durch den Vorstand der EUD Vermittlungsversuche angekündigt, die aber bis auf den heutigen Tag nicht zustande kamen. Daraufhin ergriff der Vorstand des NDV die Initiative und lud den Vorstand der BWV zu einem Gespräch ein, das am 12. März 2015 in Frankfurt/Main stattfand. Ziel des NDV für dieses Gespräch war, dass der Vorstand der BWV seine Beschuldigungen zurücknimmt oder sie so substantiell untermauert, dass sie für die Betroffenen zu verstehen und nachvollziehbar sind. Weder konnten die Beschuldigungen durch zusätzliche Informationen substantiell untermauert werden noch kam es zu einer Veränderung in der grundsätzlichen Haltung der BWV.

Als Konsequenz aus diesen Vorgängen stellt der Vorstand des NDV seine im November 2014 verabschiedete Stellungnahme der Öffentlichkeit zur Verfügung. Damit bezieht er Stellung zu den Vorwürfen der BWV gegenüber den Gemeinden und den Leitungspersonen im Bereich des Norddeutschen Verbandes, nimmt sie in Schutz und informiert die Gemeinden über einen Vorgang, der bereits am 29. Juni 2014 in der Sonderdelegiertentagung der BWV formal und inhaltlich eröffnet und öffentlich wurde.

---

<sup>1</sup> Delegiertenversammlung der BWV am 29.06.2014



Außerdem folgt der NDV mit dieser Veröffentlichung der Aussage des letzten Satzes aus seinem Dokument: „Der NDV behält sich zur Aufarbeitung dieses Konfliktes weitere Schritte und Maßnahmen vor.“

Zuletzt: Die beiden Dokumente der BWV, auf die sich die nachfolgende Stellungnahme bezieht, werden aufgrund der Bitte des BWV-Vorstandes vom NDV selbst nicht veröffentlicht. Der interessierte Leser müsste dann den Vorstand der BWV bitten, ihm diese zur Verfügung zu stellen. Da es sich um Dokumente handelt, die einem Beschluss zugrunde liegen, der in einen kirchenöffentlichen Rahmen der BWV-Delegiertenversammlung mit einer weitreichenden Mehrheit gefasst wurde, dürfte das nach Einschätzung des NDV kein Problem sein.

gez. Vorstand und Abteilungsleiter Norddeutscher Verband

Hannover, im Mai 2015

## Stellungnahme zu den Vorwürfen der Baden-Württembergischen Vereinigung gegen den Norddeutschen Verband

### Vorwort

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Baden Württemberg, Baden Württembergische Vereinigung (BWV), hat auf ihrer Sonderdelegiertenkonferenz am 29.6.2014 in Heilbronn nach längerer Diskussion und Beratung folgenden Text vorgelegt und beschlossen:

„Gemäß „Wahl- & Geschäftsordnung“ §2 Pkt. 5 der Baden-Württembergischen Vereinigung beantragen wir aufgrund des Landesausschuss-Beschlusses 0437 vom 15.06.2014 folgenden Beschlusstext der Landesversammlung zur Abstimmung vorzulegen:  
Beschlussen, auf der Grundlage der GK Working Policy B65 22 („Organizing New Unions of Churches“) einen Antrag an die Generalkonferenz und EUD auf Re-Organisation der Baden-Württembergischen Vereinigung als „Union of Churches“ (BW Union) zu stellen. Dadurch soll eine bessere Erfüllung unseres Missionsauftrages (Verkündigung der „Dreifachen Engelsbotschaft“) und die Einheit mit der weltweiten Gemeinde gefördert werden.“

Dieser Antrag bekam die notwendige 2/3 Mehrheit und wurde somit der Weltkirchenleitung (GK) in den USA sowie der Intereuropäischen Division (EUD) zugeleitet.

Am 14.7.2014 erhielt der Vorsteher des Norddeutschen Verbandes (NDV), Johannes Naether, von Rainer Wanitschek, Vorsteher des Süddeutschen Verbandes (SDV), eine Reihe von Dokumenten, die die BWV am 13.7. an den Vorstand der GK geschickt hatte. Diese Dokumente sind als inhaltliche Begründung des Beschlusses vom 29.6.2014 zu verstehen und führen aus, warum die BWV einer Zusammenlegung der beiden deutschen Verbände nicht zustimmen kann. Dabei gerät in besonderer Weise der NDV in den Fokus der Kritik. Da jedoch keine offizielle Zusendung dieser Unterlagen an die Dienststelle des NDV erfolgte, fasste der Verbandsausschuss in seiner Sitzung vom 14.9.2014 den einstimmigen Beschluss,

„den Vorstand der Baden-Württembergischen Vereinigung zu bitten, bis zum 19.09.2014, dem NDV-Verbandsausschuss die Antrags- und Begründungsdokumente für deren Antrag auf Reorganisation offiziell zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft sowohl die Dokumente, die den Delegierten der Sonderdelegiertenkonferenz präsentiert worden sind als auch jene, die der Generalkonferenz zugesandt wurden. Der NDV-Verbandsausschuss sichert die vertrauliche Behandlung dieser Dokumente zu.“

Am 21.9. konnten diese Dokumente allen Mitgliedern des Verbandsausschusses zur Verfügung gestellt werden.

In seiner Sitzung vom 7.10. fasste der Hausausschuss des NDV den einstimmigen Beschluss,

„eine Stellungnahme seitens des NDV-Vorstands zum 17-Punkte-Papier der Baden-Württembergischen Vereinigung, im Zusammenhang mit deren Antrag auf Union of Churches bei der Generalkonferenz, zu erstellen und im Hausausschuss NDV am 17.11.2014 zu beschließen.“

Die folgende Stellungnahme des NDV bezieht sich im Wesentlichen auf die Dokumente

- Arguments and Facts Speaking Against a Merger with the Northern German Union
- How will the criteria of B 65 22 be met? (Dateiname: Appendix UOC criterions application...)



## Stellungnahme des NDV

Die BWV wirft dem NDV vor, durch sein Agieren zu einer Schwächung der adventistischen Identität beizutragen und einer Trennung von der weltweiten Adventgemeinde Vorschub zu leisten. Darüber hinaus verhält er sich willkürlich, indem er in seinem Gebiet gesunde Gemeinden aufgelöst hat, Personen mit Predigtverbot belegt werden oder ihnen die Kündigung oder der Entzug der Beglaubigung angedroht wird. Darüber hinaus wird der Vorwurf erhoben, der NDV wende sich gegen jede Form eines konservativ gelebten adventistischen Glaubens und verweigert aus einem liberalen Glaubensverständnis heraus die Zusammenarbeit oder die Anerkennung von bestimmten Einrichtungen oder Institutionen innerhalb unserer Freikirche.

Der NDV stellt fest, dass er zu keinem Zeitpunkt über die Entstehung und den Inhalt der Dokumente in Kenntnis gesetzt wurde. Es werden massive Beschuldigungen erhoben, ohne dass im Kontext der Delegiertenversammlung der BWV, oder an anderer Stelle, weder ein Gespräch noch eine Diskussion zu den aufgeführten Punkten stattgefunden hat.

Dieses Verhalten stellt eine grobe Missachtung des geschwisterlichen Umgangs in unserer Kirche dar und beschädigt unser biblisches Verständnis, im Konflikt das direkte Gespräch zu suchen. Diese Verletzung wirkt umso stärker, da diese Dokumente an die Gremien der Weltkirchenleitung verschickt wurden, ohne den Vorstand des NDV zu informieren, dem somit die Möglichkeit einer angemessenen Intervention versagt blieb. Die BWV wird durch dieses Vorgehen zum Verkläger der Geschwister aus dem NDV. Der Vorstand des NDV distanziert sich im Namen seiner Verantwortungsträger mit Nachdruck von diesem respektlosen Verhalten, das mit geistlicher Leitung unvereinbar ist.

Die 17 Punkte in dem Dokument "Arguments and Facts Speaking Against a Merger with the Northern German Union" enthalten an keiner Stelle eine substantielle Begründung für ihre aufgestellten Behauptungen. Eine solide und belastbare Argumentation ist in keinem der Punkte anzutreffen. Stattdessen arbeitet die BWV mit den Mitteln von vagen Andeutungen, Spekulationen und Halbwahrheiten, die als Tatsachen dargestellt werden. Dadurch nimmt die BWV billigend in Kauf, dass über den NDV das verzerrte Bild einer Union gezeichnet wird, die sich in aktiver spalterischer Haltung zur Weltkirche befindet, Mission unterbindet und sich willkürlich gegenüber Mitarbeitern und Gemeindegliedern verhält. Der NDV weist auch das auf das schärfste zurück und stellt fest, dass diese Art der „Information“ eine vorsätzliche Täuschung der Delegierten und der Leitungsgremien darstellt. So werden Ängste und Vorurteile erzeugt, Klischees bedient und gezielt Misstrauen gesät. Einer wirklich sachlichen Auseinandersetzung werden dadurch massive Hürden in den Weg gelegt.

In dem Dokument "How will the criteria of B 65 22 be met? (Dateiname: Appendix UOC criterions application...)" werden die Entwicklungen unserer Freikirche in der ehemaligen DDR nach dem 2. Weltkrieg beschrieben. Diese Beschreibungen halten keiner seriösen Geschichtsbetrachtung stand. Allein die Behauptungen zur Entstehung des deutschen Bibelstudienheftes sind nachweislich falsch. Eine korrekte Darstellung hätte ohne Schwierigkeiten durch die Befragung der verantwortlichen Initiatoren erfolgen können. Das weitere Argumentieren mit Begriffen wie z.B. „ökumenische Einheit“, vermittelt auch hier

den Eindruck, als hätte sich eine signifikant andere Kirche parallel zur weltweiten STA Kirche entwickelt. Die BWV lügt, wenn sie behauptet,

„Instead, an Ecumenical unity with other Christian churches is the goal worked for.”  
(Das Ziel, auf das gearbeitet wird, ist eine ökumenische Einheit mit anderen Christen.)

Diese mehr als fahrlässige Unterstellung weist der NDV mit allem Nachdruck zurück. Tatsache ist, dass in mehr als fünf Jahrzehnten Diktatur in der DDR die Adventgemeinden unter schwierigen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen eine lebendige Adventhoffnung bezeugt haben und eine stabile Größe innerhalb der weltweiten Freikirche war. Viele Geschwister haben Nachteile für ihre persönliche Lebensplanung in Kauf genommen, weil sie im Vertrauen auf Gott ihren adventistischen Glauben gelebt haben. Die Anschuldigungen der BWV stellen einen Tiefpunkt der innerkirchlichen Auseinandersetzungen dar. Durch Simplifizierung, durch eine hoch umstrittene, undifferenzierte Betrachtung deutscher Adventgeschichte und durch bewusste Unterschlagung von Fakten wird mehreren Generationen von Geschwistern, Predigern und (ehemaligen) Leitern der Stempel der Anpassung, bzw. der Anbiederung an bestehende gesellschaftliche und kirchliche Verhältnisse aufgedrückt. Der NDV distanziert sich deutlich von der abwertenden und verurteilenden Darstellung durch die BWV, die jede Ethik und geschwisterliche Solidarität vermissen lässt. In diesem Zusammenhang weist der NDV darauf hin, dass sich seine Kritik an das Verhalten der verantwortlichen Leiter der BWV richtet. Er fühlt sich mit allen Geschwistern und Gemeinden in der BWV durch unseren gemeinsamen Glauben verbunden.

Zu jeder Zeit war und ist die Gemeinde aufgerufen, im Geiste gegenseitiger Achtung Differenzen in Glaubens- und Lebensstilfragen anzusprechen und, wo notwendig, zu überwinden, oder sie als Zeugnis gelebter Gewissensfreiheit bestehen zu lassen. Die Leitung der BWV profiliert sich besonders auf Kosten des Norddeutschen Verbandes, sie reklamiert für sich den wahren adventistischen Glauben und überhebt sich damit über ihre Geschwister in den anderen Vereinigungen. Darüber hinaus stellt sie mit diesem Verhalten die deutsche Adventkirche vor der Weltkirchenleitung in ein schlechtes Licht. All das markiert einen einmaligen Vorgang in der deutschen Adventgeschichte und lässt jeglichen Respekt vor der Schwester und dem Bruder vermissen. Der NDV sieht darin eine Diffamierung seines adventistischen Selbstverständnisses und des vielfältig gelebten Glaubens seiner Gemeinden. Er fordert den Vorstand der BWV zur Rücknahme seiner Beschuldigungen auf und erwartet eine öffentliche Entschuldigung. Der NDV behält sich zur Aufarbeitung dieses Konfliktes weitere Schritte und Maßnahmen vor.

Hannover, 17.11.2014

Für den Norddeutschen Verband

Johannes Naether  
(Vorsteher)

Friedbert Hartmann  
(Sekretär)

Günter Brecht  
(Schatzmeister)

**Dieses Dokument wurde am 06.12.2014 als Stellungnahme des NDV-Verbandsausschusses verabschiedet.**